

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

113. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umgeb. jährlich 12 Mk., monatlich 1 Mk., für den Rest des Reichs jährlich 13 Mk., monatlich 1 Mk. 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 20 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
Abbestellungstermin: 1. März d. J. für den Rest des Monats, 1. April d. J. für den Rest des Jahres.
Verlag: Dr. Reichold & Co., Leipzig.

Anzeigenpreis: für Leipzig und Umgeb. die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 7 Pf., die fünfte 5 Pf., die sechste 3 Pf., die siebente 2 Pf., die achte 1 Pf., die neunte 1 Pf., die zehnte 1 Pf., die elfte 1 Pf., die zwölfte 1 Pf., die dreizehnte 1 Pf., die vierzehnte 1 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebenzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die einundsiebenundachtzigste 1 Pf., die zweiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die dreiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die vierundsiebenundachtzigste 1 Pf., die fünfundsiebenundachtzigste 1 Pf., die sechsundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundsiebenundachtzigste 1 Pf., die achtundsiebenundachtzigste 1 Pf., die neunundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die einundachtundneunzigste 1 Pf., die zweiundachtundneunzigste 1 Pf., die dreiundachtundneunzigste 1 Pf., die vierundachtundneunzigste 1 Pf., die fünfundachtundneunzigste 1 Pf., die sechsundachtundneunzigste 1 Pf., die siebenundachtundneunzigste 1 Pf., die achtundachtundneunzigste 1 Pf., die neunundachtundneunzigste 1 Pf., die neunzigste 1 Pf., die einundneunzigste 1 Pf., die zweiundneunzigste 1 Pf., die dreiundneunzigste 1 Pf., die vierundneunzigste 1 Pf., die fünfundneunzigste 1 Pf., die sechsundneunzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die achtundneunzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf., die einhundertste 1 Pf., die zweihundertste 1 Pf., die dreihundertste 1 Pf., die vierhundertste 1 Pf., die fünfhundertste 1 Pf., die sechshundertste 1 Pf., die siebenhundertste 1 Pf., die achthundertste 1 Pf., die neunhundertste 1 Pf., die tausendste 1 Pf.

Nr. 108

Freitag, den 14. März

1919

Für den unverehrten Bestand des Reiches

Preußen und das Reich

Von
H. Frhr. v. Richtigshofen.

Mitglied der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung.

Die Redner der verschiedenen Parteien haben in der Nationalversammlung bei der ersten Beratung des Entwurfs der Reichsverfassung mit Recht betont, daß die für das ganze Verfassungsrecht grundlegende Frage die zukünftige Stellung des preussischen Staates im Reich bilde. In dieser Tatsache kann man nicht vorbeugen, auch wenn der Verfassungsentwurf selbst die Lösung gewissermaßen zwischen den Zeilen finden will. Heinrich v. Treitschke hat in seiner „Politik“ die Behauptung aufgestellt, daß der allein noch souveräne Staat in Deutschland seit 1806 das Königreich Preußen sei, da infolge Identität des Kaisers mit dem Könige von Preußen nichts im Reich ohne die Zustimmung Preußens geschehen könnte. Dieser Zustand hat durch die Revolution sein tatsächliches Ende gefunden. Das ist unbestreitbar. Aber eine andere Frage ist, in welcher Art sich Preußen hiermit verfassungsmäßig abfinden wird. Ob Preußen bereit ist, auf einen seiner Bevölkerungszahl und Bedeutung völlig entsprechenden Einfluß zu verzichten und damit als ein in keiner Weise bevorzugtes Mitglied in die Reihe der Einzelstaaten einzutreten, und wie sich ab dann die Stellung der preussischen Regierung zum Reichsverhältnis und gegebenenfalls die des preussischen Staatspräsidenten zu gestalten haben wird. Solange wir nicht das zukünftige Schicksal des preussischen Staates selbst kennen, wird sich eine endgültige Antwort hierauf schwer finden lassen. Daß Preußen durch den Friedensvertrag nicht unerhebliche Gebietsverluste erlitten wird, ist heute bereits feststehend. Unsicher ist aber noch, ob nicht auch innerhalb des Reiches sich Neubildungen von Einzelstaaten vollziehen werden, die möglicherweise noch zu einer viel weitergehenden Verkleinerung des preussischen Staates führen könnten. Auch hierüber ist selbstverständlich in der Nationalversammlung gesprochen worden und überwiegend kam der Wunsch zum Ausdruck, daß ein starkes Preußen erhalten bleiben möge.

Die neue Reichsverfassung soll uns aber vor allem ein starkes und einheitliches Reich bringen. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob ein mächtiges Preußen hierfür notwendig oder nützlich ist. Nachdem sich trotz aller revolutionären Umwälzungen die Durchführung eines deutschen Einheitsstaates, wie von vornherein zu erwarten war, als völlig aussichtslos herausgestellt hat, können Grenzverschiebungen im Reich kaum noch zur Förderung des nun einmal vorhandenen Partikularismus beitragen. Die Schaffung eines Staats Groß-Preußen wird gewiss auch bei Preußen Verständnis, eine Loslösung des Westens seitens der übrigen Teile Preußens aber den größten Widerstand finden. Und doch läßt sich diese Frage nicht ganz allein von dem Gesichtspunkt der Interessen des preussischen Staates aus beurteilen. Den weissen Rednern in der Nationalversammlung hat man gewiss mit Recht erwidert, daß das Hervorheben aller dynastischer Ansprüche und historischer Reminiscenzen; auch wenn es sich um Akte einer früheren Kabinetts- oder Gewaltspolitik handeln sollte, gänzlich verfehlt sei. So fern es uns liegt anzuerkennen, daß heute noch ein den Elässern und Lothringern 1871 angeblich zugefügtes Unrecht besteht, ebenso ausgeschlossen muß es auch für Preußen sein, von einem bis in die Gegenwart reichenden, den Hannoveranern 1866 angetanen Unrecht zu sprechen. Mit derartigen historischen Deduktionen verliert man sich ins Uferlose. Und nur in der Hand der Lebenden kann die Entscheidung ruhen. Mit Recht verlangen wir daher von den Franzosen die Vornahme einer Volksabstimmung in Elsass-Lothringen. Und nicht unerheblichen Bedenken muß es unterliegen, die gleiche Möglichkeit denjenigen Bevölkerungsteilen Preußens abzuschneiden, in denen sich gegenwärtig breite Massen für die Schaffung eines eigenen Bundesstaates einstellen. Die preussische Regierung hat in der Nationalversammlung erklärt, daß in Hannover keineswegs die Mehrheit für eine Loslösung von Preußen zu haben sei. Wer die Verhältnisse in Hannover genau kennt, wird das freilich nicht mit so apodiktischer Gewissheit ausgesprechen wagen. Aber wie dem auch sei, es muß wohl erwogen werden, ob nicht das Interesse des Reichs und damit auch Preußens eine Lösung der Sachlage im preussischen Westen verlangt. Manche bittere Erfahrungen, die wir im Weltkrieg gemacht haben, sollten uns lehren, rechtzeitig da die Initiative zu ergreifen, wo die Möglichkeit besteht, daß man später dazu doch von anderer mehr als unerwünschter Seite gezwungen werden könnte. Der Verfassungsausgang der Nationalversammlung wird in Verbindung mit der preussischen Nationalversammlung der Lösung dieses Problems energischer zu Leibe zu gehen haben, als dies die in Betracht kommenden Bestimmungen des Verfassungsentwurfs selbst, denen man das Kompromiß allzusehr anmerkt, getan haben.

Die preussische Nationalversammlung

Zur Eröffnung der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung wird uns aus Berlin geschrieben:

In seiner Zusammenkunft ist das neue Parlament grundverschieden von dem früheren Abgeordnetenhaus, entsprechend dem gänzlich veränderten Wahlrecht. Das frühere Übergewicht der Rechtsparteien ist in eine Mehrheit der Linken verandelt worden. Ihre Arbeiten, die rein sachlich nur für das Gebiet des ehemaligen Königreiches Preußen geleistet werden, haben letzten Endes auch Einfluß auf die großdeutsche Republik, ja auch auf das Ausland. Die künftige Gestaltung der preussischen Republik — ob sie in der früheren Größe einheitslich erhalten oder nach den Wünschen des Auslandes und auch eines Teiles der anderen deutschen Republiken zerstückelt wird — ist eine Frage, die für die Entscheidung: „Separatismus oder Unitarismus“ in Deutschland geradezu

Bayerisch-sächsisches Zusammenwirken für die Vollsozialisierung

Ein Vorschlag des bayerischen Zentralrats.

München, 13. März. (Drahtbericht.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Zentralrat hat heute einen entscheidenden Schritt getan. Die Sozialisierungsmassnahmen des Reiches sind nicht das, was eine entschlossene Revolutionsgewalt durchführen muß. Es gilt nicht lahme Teilverstaatlichungen, es gilt den Sozialismus! Die Vollsozialisierung Bayerns nach umfassenden Plänen ist auf dem Marsche. Der Zentralrat will deshalb ein sozialistisches Zentralwirtschaftsamt im Sinne der Vorschläge Kanoth-Neurath-Schumann mit weitgehenden Vollmachten errichten lassen, dem die Kommissare für Wohnung, Ernährung, Aufklärung und Sozialisierung eingegliedert werden können. In dem Zentralkontrollrat dieses Amtes sollen körperliche und geistige Arbeiter und Bauern einen ausgiebigen Einfluß auf die Sozialisierung erhalten. Da im benachbarten Volksstaat Sachsen von der Volkshammer ein Beschluß über die Sozialisierung Sachsens angenommen wurde, hat der Zentralrat Bayerns sich heute mit folgendem Telegramm an den Zentralrat, an die Regierung und die Volkshammer Sachsens gewandt:

Der Zentralrat des Volksstaates Bayern will die Vollsozialisierung Bayerns, das ist die vollständige Kontrolle der Rohstoffe und Energieverwendung und ihre endgültige Verwertung, sofort mit aller Kraft in Angriff genommen wissen. Da die Volkshammer des Volksstaates Sachsen beschloß, daß auch in Sachsen die Produktion und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen erfolgen soll, schloß wir gemeinsame Arbeit zum Wohle der beiden Völker vor. Die Zukunft des Sozialismus kann nicht ferner getrennt werden, als durch gemeinsame Arbeit aller Staaten, die den wirtschaftlichen Sozialismus oerwirklichen. Wir beantragen, sofort nach Hof oder Plauen eine Konferenz von Kennern der Sozialisierungsfrage aus beiden Staaten zusammenzutreten zu lassen, die beschleunigt werden, aber Sozialisierung nach gemeinsamen Grundsätzen beschloß zu lassen. Von hier aus können Vertreter am Sonntag, den 16. März, einberufen werden. Als Verhandlungsgrundlage schloß wir vor: Jeder der beiden Staaten errichtet zur sofortigen Durchführung der Vollsozialisierung ein Zentralwirtschaftsamt, das neben den Ministerien mit besonderen Vollmachten arbeitet und aus mehreren Abteilungen besteht, in denen Bauern, körperliche und geistige Arbeiter entsprechend zur Geltung kommen. Der Zentralrat Bayerns will die Kommissare für Ernährung, Wohnung und Aufklärung mit dem Sozialisierungsamt dem bayerischen Zentralwirtschaftsamt eingegliedert wissen, das den Wirtschaftspol in Hof oder Plauen zu errichten, die die einheitslichen Grundzüge für die Wirtschaftspläne sowie für die Verteilung auszuarbeiten, für entsprechende Aufklärung zu sorgen und die Leitung des zu gründenden bayerisch-sächsischen Kompensationsverbandes zu übernehmen dürfe.

Das Zusammenwirken des vormiegend agrarischen Bayerns mit dem vorwiegend industriellen Sachsen würde beiden Völkern bedeutende Vorteile sichern, insbesondere auch die Kompensationsverhandlungen mit dritten Staaten gänzlich beeinflussen. So wird die Sache des Sozialismus in Deutschland dem unausbleiblichen Sieg entscheidend näher gebracht.

als Präzedenzfall angesehen werden muß. Preußen erlebt jetzt vielleicht seinen schwersten Augenblick in der Geschichte. Im Westen sind Teile des Landes vom Feinde besetzt, im Osten drohen die Polen, im Innern herrschen Unruhen. Um so schwerer ruht die Last der Verantwortung auf den Schultern der Abgeordneten, die nun über das Wohl und Wehe der preussischen Republik zu entscheiden haben.

Besonders gilt dies, weil zugleich auch auf wirtschaftspolitischen Gebieten die dringlichsten Fragen ihrer Erledigung harren. Die ursprünglich auf den 5. März angelegte Eröffnung mußte bekanntlich wegen Streiks und Verkehrsstörungen auf heute verschoben werden. Was hat die Zwischenzeit gebracht? Der Generalstreik hat auf Berlin, den Tagungsort, übergegriffen, und äußerst blutige Kämpfe haben hier mit verdröckerischen Aufzuehren geführt werden müssen. Trotz der politischen Forderungen, die teilweise gestellt wurden, muß man sich doch darüber klar sein, daß vor allem die Lebensmitteleinst, also der Hunger, die Massen unzufrieden macht. Andererseits muß die Landesversammlung den verheerenden Massen klarmachen, daß die geforderte Sozialisierung zwar kommen muß und kommen wird, daß dies aber nicht von heute auf morgen geschehen kann.

Nicht zögern darf die Versammlung dagegen, die von der preussischen Regierung schon eingeleitete Demokratisierung des bisher reaktionärsten Bundesstaates energisch fortzuführen. Die Mehrheit für die Demokratisierung ist da. Der aus der bisher kleinsten zur stärksten Fraktion mit 144 Sitzen gewordenen Sozialdemokratie fehlen, wenn man die 24 Unabhängigen hinzurechnet, nur 32 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Die Mitarbeit der 65 Demokraten genügt, dem Fortschritt geschäftig die Wege zu bahnen, selbst wenn das Zentrum, wie es den Anschein hat, in Preußen auf die Beteiligung an der Regierung verzichtet sollte. Die Deutsche demokratische Partei hat somit einen gewaltigen Einfluß auf die Entwicklung in Preußen. Möge sie über die Parteinteressen des Landesinteresse stellen und dabei nicht vergessen, daß auch über das Landesinteresse noch eines geht, nämlich das Reichsinteresse!

Die erste Sitzung

w. Berlin, 13. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die preussische verfassunggebende Landesversammlung trat heute in dem vollständig schmucklosen Saal des außerordentlich stark militärisch bemachten und weithin ab-

Eine Rundgebung der Nationalversammlung

Weimar, 13. März. (Drahtbericht unseres in. Sonderberichterstatters.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Ministerpräsident Scheidemann das Wort zu folgender Ansprache.

Presseberichte zufolge wird von französischer Seite im besetzten Gebiete eine überaus rege Propaganda getrieben, die auf eine Loslösung rheinischer Gebiete vom Reich abzielt. (Hört, hört!) Wir wissen, daß diese Verleumdung an der Treue der Bevölkerung zum Reich scheitern wird. (Sehr wahr!) Trotzdem sind die Gefahren, die unserem Lande aus diesen Bestrebungen erwachsen, nicht zu verkennen. (Sehr richtig!) Nach dem heutigen Stande der Dinge sind wir der Ansicht, daß jede staatsrechtliche Umgestaltung vor Friedensschluß geeignet ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.) Angesichts der gesamten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären:

Die Reichsregierung steht in jedem Versuch der Loslösung links- und rechtsrheinischer Lande gegen einen durch keinen Vorwand zu rechtfertigenden Vorstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergrößerung des einheitslich schließenden deutschen Volkes. Die Regierung weiß sich darin völlig eins mit der freien Überzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit eigenmächtigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen. (Allseitige Zustimmung.) Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Stärm. Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Lande zum Reich ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Diese Frage kann nur im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung. Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. (Lebh. Beifall.)

Präsident Fehrenbach teilte hierauf mit, daß folgende von den Abgeordneten Löwe, Erbber, von Pappe, Graf Posadowski, Dr. Heinze und Haase unterzeichnete Entschließung eingegangen sei:

Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Reichsregierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen.

Diese Entschließung wird einstimmig angenommen. (Lebh. allseitiger Beifall.)

Beendigung des mittelsächsischen Bergarbeiterstreiks

Lichtenfels-Callenberg, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Bergarbeiterstreik im Lugau-Oberlausitzer Kohlenrevier ist beendet. Die Arbeit wird am Freitag früh restlos wieder aufgenommen, nachdem die Forderungen der Arbeiter auf Erhöhung des Schichtlohnes, Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage, Bezahlung der Streiklöhne, vom Bergbauverein bewilligt wurden. In der Einigungsversammlung, die heute nachmittag im Kräftepalaß zu Lichtenfels stattfand, erklärte Wirtschaftsminister Schwarz u. a., daß die Gewährung und Bewilligung der Forderungen eine Erhöhung des Kohlenpreises zur Folge haben würde.

geperrten Abgeordnetenhaus zusammen. Bereits geraume Weile vor Eröffnung der Sitzung herrschte reges Treiben im Saal, in dem man zum ersten Male Frauen bemerkte.

Ministerpräsident Sirch

begrüßte die Anwesenden und hieß sie im Namen der vorläufigen Regierung willkommen. Die verfassunggebende Landesversammlung sei ein Sinnbild für die ungeheuren politischen Umwälzungen der Zeit. Das Dreiklassenwahlrecht sei dem demokratischen aller Wahlrechte gewichen. Als er davon sprach, daß keine Klassenherlichkeit von rechts oder links her ausgerichtet werden sollte, schallten ihm von der äußersten Linken rühmliche Rufe entgegen: Standrecht, Handgranaten, Belagerungszustand, Koske usw. Er ließ sich aber nicht beirren, sondern wendete sich weiterhin gegen die Gewalttaten der Spartakisten, die dazu beitragen, Preußen weiter zum wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bringen. Der Minister kennzeichnete die künftigen Aufgaben der preussischen Landesversammlung, rief Deutsch-Oesterreich einen herzlichen Brudergruß zu und sand damit lebhaften Zustimmung im ganzen Saale. Er schloß: Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue, und zu den künftigen Volksaufgaben wünscht die provisorische Regierung dem Hause Glück. Lebhaftes Handklatschen folgt der fließend vorgetragenen Rede.

Nach ihm besteigt der gezeigte Zentralratsabgeordnete

Herold als Alterspräsident

den Präsidentensstuhl und eröffnet die Sitzung. Er begrüßt ferner die Mitglieder der Versammlung, insbesondere auch die Frauen, deren politischer Mitarbeit seine Wünsche vor allem gelten. Er erinnerte an die Taten unseres Feldheeres während des Krieges, aber auch an die Verdienste der Dabeigeblichen. Der Präsident schloß schließlich vor, die Geschäftsordnung des früheren Abgeordnetenhauses zu übernehmen und wählte seine Schriftführer, darunter auch eine Dame. Auf der Tagesordnung für morgen soll als erster Punkt die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten stehen, als zweiter Punkt die Beratung des Antrages Herold auf Aufnahme einer vorläufigen Geschäftsordnung. Das Haus ist damit einberufen, und die bisherige Geschäftsordnung des alten preussischen Abgeordnetenhauses wird mit einigen Zusätzen und Abänderungen angenommen. Als eingegangene Vorlagen erwähnt der Präsident den Entwurf eines Gesetzes zu Schaffung einer vorläufigen Staatsgewalt in Preußen und einen Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Standrechts und des Be-